

Gegenüberstellung Diakonieforderungen und Landtagswahlprogramm der Parteien GRÜNE, CDU, SPD und FDP

Frauen und Gewaltschutz

Die Istanbul-Konvention gibt verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen vor: Ein umfangreiches, flächendeckendes und allgemein zugängliches Unterstützungssystem für alle gewaltbetroffenen Frauen ist zu schaffen. Gewalt gegen Frauen wird darin als Menschenrechtsverletzung anerkannt. Die Umsetzung muss diskriminierungsfrei sein, unabhängig von Alter, Sprache, Religion, oder Behinderung erfolgen. Auch Baden-Württemberg ist zur Umsetzung der Konvention seit Februar 2018 verpflichtet. Noch gibt es aber erhebliche Versorgungslücken.

Position DWW	<p>1. Frauenhausplätze und Unterstützung nach Frauenhausaufenthalt</p> <p>Nach Angaben des Sozialministeriums fehlen landesweit 630 Plätze: 214 Plätze für Frauen, 420 für Kinder (Stand: 2020). Es gibt einige „weiße Flecken“ in der Versorgung und nicht alle von Gewalt betroffene Frauen haben Zugang zu einem gesicherten Frauenhausplatz. Mit den bisher im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mitteln sind die Bedarfe unmöglich zu erfüllen. Auch das Übergangsmanagement und die nachhaltige Unterstützung nach Frauenhausaufenthalt sind nicht ausreichend gesichert. Frauenhausplätze müssen flächendeckend zur Verfügung stehen und refinanziert sein. Second-Stage-Programme müssen ausgeweitet und verstetigt werden, weil sie die Verweildauer verkürzen – sofern Wohnraum zu bekommen ist. Die Versorgung mit Wohnraum nach Frauenhausaufenthalt ist sicher zu stellen. Die psychosoziale Begleitung und Aufarbeitung der von Kindern und Jugendlichen erlebten Gewalt sollte bereits im Frauenhaus beginnen. Bisher wird die von der Mutter losgelöste Begleitung zumeist aus Spendengeldern finanziert. Hier muss eine einheitliche Lösung geschaffen werden, um Gewaltkreisläufe zu durchbrechen.</p>
GRÜNE	<p>Die GRÜNEN sehen Handlungsbedarf an mehreren Stellen. Sie wollen die Lücken bei der flächendeckenden Beratung für von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder schließen. Darüber hinaus wollen sie die „immer noch ungenügende“ Platzzahl an Schutzplätzen für Frauen im Frauenhaus erhöhen. Bei den nicht ausreichenden extra Mitteln für die Fachberatungsstellen gegen häusliche, sexuelle Gewalt, Interventionsstellen, Frauennotrufe, sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend sowie für Menschen in der Prostitution und Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung wollen sie die Versäumnisse der letzten Jahre aufholen.</p> <p>Außerdem wollen sie sich auf Bundesebene für eine Reform für Sorge- und Umgangsrecht nach Gewalt einsetzen.</p>
CDU	<p>Die CDU will den flächendeckenden Ausbau und die nachhaltige Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser sicherstellen.</p>
SPD	<p>Die SPD fordert eine verlässliche Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie den Ausbau und die Finanzierung von Anlaufstellen bei sexueller und häuslicher Gewalt. Ebenso sollen ambulante psychosozialen Angeboten für von Gewalt Betroffene gestärkt werden.</p>
FDP	<p>Die Freien Demokraten wollen sich für eine verlässliche Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser, auch mit Nachsorge, einsetzen.</p>

Position DWW	<p>2. Rechtsrahmen für Beratung und Schutzunterkünfte</p> <p>„Die Finanzierungsmodalitäten für Frauenhäuser in Baden-Württemberg sind unterschiedlich. Die Refinanzierung der Kosten der Frauenhäuser ist trotz Förderung über Zuwendungen nicht auskömmlich. Das darf nicht sein. Nicht nur die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein ausreichendes Angebot an Frauenhäusern in Baden-Württemberg ist.</p> <p>Ein weiteres Problem ist, dass Leistungen zum Lebensunterhalt der Frauen im Frauenhaus derzeit sozialgesetzlich auf Leistungsansprüchen nach dem SGB II beschränkt sind. Die Finanzierung der Leistungen nach SGB II schließt Frauen ohne Leistungsbezug vom Zugang zum Frauenhaus aus oder beschränkt die Hilfen. Das darf nicht sein.</p> <p>Wir rufen das Land auf, sich auf Bundesebene für einen einheitlichen Rechtsrahmen einzusetzen. Der Zugang zu Beratung und Schutzunterkünften muss gesichert sein – unabhängig von Einkommen, Wohnort und Aufenthaltsstatus. Wir fordern gemeinsam mit der Diakonie Deutschland, der BAGFW und der Frauenhauskoordinierung, einen eigenständigen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt als staatliche Aufgabe in einem Bundesgesetz festzuschreiben.</p> <p>Bis zur bundesgesetzlichen Umsetzung eines solchen Rechtsanspruchs fordern wir das Land auf, umgehend für eine unbürokratische Erhöhung der Landeszuschüsse für die Frauenhäuser zu sorgen, um den gestiegenen Bedarf an Frauenhausplätzen decken zu können.</p>
GRÜNE	k.A.
CDU	k.A.
SPD	k.A.
FDP	k.A.

Position DWW	<p>3. Prostitution und Menschenhandel</p> <p>Auch für die Finanzierung der spezialisierten Fachberatung für Prostituierte gibt es keinen einheitlichen und verbindlichen Rechtsrahmen. Für diese Personengruppe gibt es keine flächendeckende Versorgung und keine einheitliche Förderung (nur einzelne Beratungsstellen werden vom Land gefördert). Hier ist eine deutliche Aufstockung der Landesmittel wichtig. Wir fordern eine Sozialplanung und eine langfristig nachhaltige Finanzierung, damit die spezialisierten Fachberatungsstellen für Prostituierte und für Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung weiter überregional arbeiten können. Die Finanzierung darf nicht nur an den Kommunen hängen bleiben, es ist ein landesweiter Auftrag, der auch vom Land deutlich zu fördern ist. Auch die Fachberatungsstellen zu häuslicher Gewalt, sexualisierter Gewalt und die Interventionsstellen müssen langfristig finanziert werden-</p>
GRÜNE	Bei den nicht ausreichenden zusätzlichen Mitteln für die Fachberatungsstellen gegen häusliche, sexuelle Gewalt, Interventionsstellen, Frauennotrufe, sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend sowie für Menschen in der Prostitution und Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung wollen die GRÜNEN die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufholen.
CDU	k.A.
SPD	Die Soziakdemokrat:innen wollen für aus der Prostitution Ausstiegswillige qualifizierte niedrigschwellige Beratungsangebote bereitstellen.
FDP	k.A.